

Pressemitteilung

Kapituliert die Bundesregierung vor den Anforderungen an moderne Berufsausbildung?

Berlin, 20. Oktober 2015

Gestern öffentlich lancierte „Gedanken zum Pflegeberufegesetz“ des CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Rüdgel über das voraussichtliche Scheitern der Pflegebildungsreform im Sinne einer generalistischen Pflegeausbildung sorgen für heftige Irritationen. Dazu stellt die Vizepräsidentin und Bildungsexpertin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK), Gertrud Stöcker, fest: „Im Koalitionsvertrag steht: ‚Wir wollen die Pflegeausbildung reformieren, indem wir mit einem Pflegeberufegesetz ein einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege etablieren.‘ Ist der Bundesregierung mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs die Puste ausgegangen? Kapituliert sie vor der Größe der Aufgabe, vor den heutigen Erwartungen an eine zukunftsorientierte, international vergleichbare Pflegeberufsausbildung? Oder ist der Rückzug aus dem Reformvorhaben lediglich ein Einknicken vor dem durch handfestes Eigeninteresse ausgelösten Widerstand aus dem Arbeitgeberlager? Fakt ist: Wird die seit Jahren in Modellprojekten erprobte, erfolgreich evaluierte und als Reformschritt zugesagte Reform der Pflegeausbildung in Richtung Generalistik jetzt stillschweigend beerdigt, ist der Vertrauensbruch perfekt. Der Gesichtsverlust und das Armutzeugnis einer offenbar nach endlosen Diskussionen an dieser Stelle nicht mehr handlungsfähigen Regierung würde auch international deutlich wahrgenommen“, so Stöcker.

Betrachtet man die von Rüdgel vorgebrachten Argumente, so sind häufig Ursache und Wirkung eines Sachverhalts verdreht. Aus dem Papier sprechen in erster Linie ökonomische und Verwertungsinteressen der Arbeitgeberseite, nicht das Bemühen um eine gute Qualität der Ausbildung und lebenslange Perspektiven im Pflegeberuf. Der Pflegefachpersonalmangel wird in erster Linie ausgelöst und verstärkt durch schlechte Rahmenbedingungen, fehlende Nachhaltigkeit bei der Bereitstellung von Ausbildungskapazität und mangelnde Anpassung der beruflichen Aus- und Weiterbildung an sich ändernde Strukturen und Anforderungen. Hier muss investiert werden, und dafür sind sowohl die Politik als Gestalter als auch die Unternehmen als Arbeitgeber in der Pflicht. Den Altenpflegeberuf in die Zweitklassigkeit zu manövrieren, kann nicht die Lösung sein. Der DBfK fordert die Bundesregierung ausdrücklich auf, endlich ihr Versprechen einzuhalten und einen akzeptablen Gesetzesentwurf zur Installation eines neuen, generalistisch ausgerichteten Pflegeberufs vorzulegen.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Tel.: 030-2191570

Fax: 030-21915777

dbfk@dbfk.de

www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR). Mehr Informationen über den Verband und seine internationalen und nationalen Netzwerke finden Sie auf der Homepage www.dbfk.de. Für Interviewwünsche oder weitere Informationen wenden Sie sich bitte per E-Mail an presse@dbfk.de oder rufen Sie uns unter 030-219157-0 an.